



HESSISCHER LANDTAG

18. 03. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die hessischen Flatrate-Angebote haben eine Zeitenwende bei der Nutzung von Bussen und Bahnen eingeläutet — Das Deutschlandticket muss dauerhaft erhalten bleiben!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Deutschlandticket für Pendlerinnen und Pendler nicht nur eine spürbare finanzielle Entlastung ist, sondern auch die Nutzung von Bussen und Bahnen radikal vereinfacht hat. Tarifgrenzen, Verbundgrenzen und Ländergrenzen spielen keine Rolle mehr, einfacher war die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs noch nie. Der Landtag sieht allerdings mit Sorge, dass das Deutschlandticket immer wieder in Frage gestellt wird. Es ist von elementarer Bedeutung, dass die Finanzierung und damit die Verfügbarkeit des Deutschlandtickets auch auf lange Sicht sicher ist. Nur so kann das langfristige Vertrauen der Menschen in das Produkt gesichert und ein verstärkter Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn erleichtert werden.
2. Der Landtag begrüßt, dass inzwischen etwa 13,5 Millionen Menschen in Deutschland ein Deutschlandticket abonniert haben. Diese beeindruckende Zahl zeigt, wie attraktiv das Angebot ist. Der Landtag bedauert, dass insbesondere die CDU bis heute offensichtlich nicht hinter dem Deutschlandticket steht. Ob es der Parteitagsbeschluss der CDU Hessen im Juni 2024, die anfängliche Weigerung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Übertragung von Restmitteln nach 2025 im Dezember 2024 oder der Haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase im Februar 2025 war: Immer wieder wird das Deutschlandticket von den Unionsparteien in Frage gestellt.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Abonentinnen und Abonenten deutlich höher sein könnte, wenn Bund und Länder das Deutschlandticket endlich zu einem dauerhaft gesicherten Angebot machen würden und es nicht ständig in Frage gestellt würde. Insbesondere beim Deutschlandticket als Jobticket besteht noch erhebliches Potential für Millionen zusätzlicher Kundinnen und Kunden. Tarifparteien werden das Deutschlandticket aber nur dann zum Gegenstand von Tarifverhandlungen und Firmen werden es nur dann zum Teil ihrer Attraktivität für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, wenn der Fortbestand dauerhaft gesichert ist. Die ständige Unsicherheit über den Fortbestand des Deutschlandtickets führt deshalb paradoxerweise dazu, dass Milliarden an möglichen zusätzlichen Einnahmen verloren gehen, was den Zuschussbedarf erhöht.
4. Der Landtag sieht deshalb mit großer Sorge, dass das aktuelle Sondierungspapier der möglichen Koalitionspartner CDU, CSU und SPD zum Thema Deutschlandticket nur die Aussage enthält, dass über eine Fortsetzung des Deutschlandtickets nur „beraten“ wird. Diese Formulierung steht in deutlichem Kontrast dazu, dass es im gleichen Sondierungspapier heißt: „Wir werden ... die Pendlerpauschale erhöhen“.
5. Der Landtag erwartet deshalb von der Landesregierung, dass sie sich endlich konsequent für den dauerhaften Fortbestand des Deutschlandtickets einsetzt und dieses sichert.
6. Der Landtag erwartet dies auch deshalb, weil Hessen durch die 2017, 2018 und 2020 eingeführten Landesticketangebote für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, Landesbeschäftigte und Seniorinnen und Senioren das Prinzip eines einfachen Zugangs zu Bussen und Bahnen unabhängig von Tarif-, Stadt- und Kreisgrenzen erstmalig und erfolgreich in einem Flächenland eingeführt hat. Diese durch die damalige Landesregierung geschaffenen und initiierten Angebote ermöglichten noch vor Einführung des Deutschlandtickets der Hälfte aller Hessinnen und Hessen den Zugang zu einem preisgünstigen Ticket mit einfachstem Zugang zu den Verkehrsangeboten des öffentlichen Personennahverkehrs ohne Tarifzonenschungel. Auch der „Hessenpass Mobil“ als Sozialticket für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen ist ein Angebot, das es in den meisten anderen Ländern nicht gibt. Hessen war damit Pionier und Vorbild für die Angebotsfortentwicklung bei Bussen und Bahnen und damit für das Deutschlandticket.

7. Der Landtag hält eine weitere Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, sowohl quantitativ als auch qualitativ, für zwingend notwendig und einen bloßen Erhalt des Status quo für nicht ausreichend, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Er ist davon überzeugt, dass der ÖPNV in Hessen verlässlich, flexibel, komfortabel, auskömmlich finanziert und flächendeckend verfügbar sein muss. Dazu gehören nicht nur maßvolle Tarifierungen, wie beim Deutschlandticket Anfang des Jahres 2025 ohne eine größere Zahl von Abokündigungen geschehen, sondern auch eine weitere Steigerung der so genannten originären Landesmittel für die Verkehrsverbände. Während im Jahr 2014 diese Mittel noch bei null Euro lagen, stiegen diese bis zum Landeshaushalt 2024 auf 264 Millionen Euro und damit auf einen Anteil von 18 Prozent an den Gesamtmitteln für die Verkehrsverbände. Der Landtag bedauert, dass diese kontinuierliche Steigerung im Entwurf für den Landeshaushalt 2025 erstmals stagniert und stellt fest, dass der dringend nötige weitere Ausbau des Angebots im ÖPNV ohne zusätzliche Anstrengungen nicht gelingen kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. März 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)